

Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des

GEMEINDERATES der MARKTGEMEINDE PUTZLEINSDORF

24. November 1999, Tagungsort: Sitzungssaal des Gemeindeamtes.

Anwesende

1. Bgm. Berta Prechtl
2. VzBgm. Ing. Alois Schaubmayr
3. GVM Johann Schneeberger
4. „ Ing. Fritz Mühlener
5. „ August Starlinger
6. „ Rudolf Neunteufel
7. „ Franz Altendorfer
8. „ Josef Kehrer
9. „ Engleder Monika
10. „ Aichbauer Rupert
11. „ Pühringer Fritz
12. „ Norbert Schauer
13. „ Johann Mühlberger
14. „ Karl Zinnöcker
15. „ Christina Amerstorfer
16. „ Alois Wögerbauer
17. „ Klaus Reiter

Ersatzmitglieder:

Johann Mager für Karl Kastner
Franz Hackl für Ing. Martin Peer

Der Leiter des Gemeindeamtes: Gottfried Kriegner

Fachkundige Personen (§ 66 Abs. 2 o.ö. GemO 1990):

Es fehlen:

a) entschuldigt:

Karl Kastner
Ing. Martin Peer

b) unentschuldigt:

-

Der Schriftführer (§ 54(2) o.ö. GemO 1990): Gottfried Kriegner

Die Vorsitzende eröffnet um 20.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihr, der Bürgermeisterin, einberufen wurde;
 - b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 13.11.1999 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
 - c) die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tag öffentlich kundgemacht wurde;
 - d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
 - e) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 22.9.1999 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.
-

Sodann gibt die Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

a) Einsprüche gegen das Protokoll:
Keine Einwendungen!

3.) Nachtragsvoranschlag über das Finanzjahr 1999:

Bericht durch Bgm. Berta Prechtl:

Das auslaufende Finanzjahr ist einerseits von sehr hohen, nicht vorhersehbaren Einnahmen und andererseits auch von sehr hohen, jedoch unbedingt erforderlichen, Mehrausgaben geprägt.

Als Beispiele für unvorhergesehene Mehreinnahmen dürfen div. Landeszuschüsse, der Verkauf der „Langwiese“ und des Gemeindewaldes, eine Finanzzuweisung nach dem FAG und letztlich der Soll-Überschuss des Vorjahres angeführt werden.

Mehrausgaben ergaben sich vor allem bei den verschiedenen Bauvorhaben und beim Winterdienst. Aber auch der Ankauf des Grundstückes „Stadler“ fällt in diesen Bereich.

Unter Berücksichtigung von Mehr- und Mindereinnahmen sowie von Mehrausgaben und Ausgabeneinsparungen ergab sich zunächst, dass ein Überschuss von S 410.000,-- zu verzeichnen gewesen wäre. Dieser theoretische Überschuss soll nun folgenden Rücklagen zugeführt werden:

- a) S 110.000,-- der Betriebsrücklage (im Sinne des Gemeinderatsbeschlusses) und
- b) S 300.000,-- einer neu zu bildenden Rücklage „Grundeinlösung“

Unter Berücksichtigung dieser Rücklagenzuführungen kann somit der Nachtragsvoranschlag über das Finanzjahr 1999 ausgeglichen gestaltet werden.

Dieses im ersten Moment an sich positives Ergebnis muss jedoch etwas genauer betrachtet werden: Nimmt man nur die reinen Jahressummen (ohne Soll-Überschuss) und zieht man weiters die Grundankäufe und Verkäufe ab, so ergäbe sich ein Abgang von ca. S 450.000,--.

Diese Tatsache relativiert dann jedoch das an sich durchaus erfreuliche Ergebnis und ist daher ein klarer Auftrag, unsere Mittel auch in Zukunft sorgfältig und sparsam zu veranschlagen. Dies gilt vor allem im Hinblick auf das demnächst zu erstellende Budget 2000.

Wenn wir nun die erwähnten Rücklagen zuführen ergibt sich am Ende des Jahres 1999 folgender Stand an Rücklagen (Beträge in 1.000):

Zweck der Rücklage: 1.1.1999 Abgänge Zugänge 31.12.1999

Betriebsrücklage	750	400	110	460
Amtshaus	400	-	-	400

Volksschule	300	-	-	300
Bauhof	300	-	-	300
Sportanlagen	500	200	-	300
Freibad	300	-	-	300
Grundeinlöse	-	-	300	300
Bgm-Pension	38	-	40	78
Summe:	2.588	600	450	2.438

ORDENTLICHER HAUSHALT

Wesentliche Mehreinnahmen

Summe VA	Summe NVA	Unterschied
KTZ vom Land – Löschteich Berg		
0	120.000	+ 120.000
<i>Landesbeitrag stand im Zeitpunkt der Voranschlagserstellung noch nicht fest</i>		
LFD TZ vom Land – Winterdienst		
150.000	300.000	+ 150.000
<i>Entsprechend höhere Kosten!</i>		
Kostenbeiträge für sonstige Verwaltungsleistungen (Leistensteine)		
5.000	65.000	+ 60.000
<i>Dieses Jahr wurden mehr als 300 lfm im Rahmen der Aktion verlegt!</i>		
KTZ vom Land – Steinaktion		
0	50.000	+ 50.000
<i>Ansuchen beim Land auf Grund der hohen Beteiligung!</i>		
KTZ vom Land – „Seilergasse“		
0	120.000	+ 120.000
<i>Nachträgliches Ansuchen!</i>		
Kostenersätze – AMS		
0	77.000	+ 77.000
<i>Beitrag AMS für Beschäftigung Fritz Kaiser</i>		
Interessentenbeiträge von Grundeigentümer – Kanalanschlussgebühren		
100.000	300.000	+ 200.000
<i>Bautätigkeit und Fertigstellung von Bauvorhaben</i>		

Veräußerung von unbebauten Grundstücken			
0	655.000		+ 655.000
<i>Verkauf der „Langwiese“ im Rahmen des Z-Verfahrens</i>			
Veräußerung Waldgrundstück			
0	388.000		+ 388.000
<i>Verkauf des Waldgrundstückes</i>			
Lfd. TZ vom Land nach dem FAG			
0	157.000		+ 157.000
<i>„Kopfquotenausgleich“ wurde unvorhergesehen gewährt</i>			
Soll-Überschuss Vorjahr			
0	202.000		+ 202.000
<i>Der Überschuss des Vorjahres konnte veranschlagt werden</i>			

Wesentliche Mindereinnahmen

Lfd. TZ vom Land – Güterwege			
50.000	0		- 50.000
<i>Heuer keine „Spritzarbeiten“</i>			
Kanalbenützungsgebühr			
750.000	700.000		- 50.000
<i>Vorschreibung laut Wasserverbrauch!</i>			
Lfd. TZ vom Land – Strukturhilfe			
750.000	630.000		- 120.000
<i>Höhe durch Gemeinde nicht beeinflussbar!</i>			

Ausgabeneinsparungen

VB. der Besoldungsgruppe I			
245.000	195.000		+ 50.000
<i>Tatsächliche Personalsituation</i>			
VB der Besoldungsgruppe I – Lehrling			
50.000	0		+ 50.000
<i>Verbuchung unter VB I</i>			
Lfd. TZ an Träger des öff. Rechtes			
80.000	10.000		+ 70.000
<i>Sondernotstand wurde durch das AMS entsprechend weniger gewährt</i>			

Lfd. TZ an Land – Krankenanstaltenbeitrag			
2.019.000	1.919.000		+ 100.000
<i>Endgültige Abrechnung des Jahres 1997</i>			

Straßenbauten – Mangstraße			
100.000	0		+ 100.000
<i>Bauliche Maßnahmen wurden nicht durchgeführt</i>			

Straßenbauten – „Mager-Hofmann“			
100.000	0		+ 100.000
<i>Baubeginn war nicht möglich</i>			

Instandhaltung von Straßenbauten – „Sptizarbeiten“			
200.000	0		+ 200.000
<i>Keine Arbeiten im Hinblick auf den Erhaltungsverband</i>			

Entgelte an sonstige Leistungen von Firmen – Deponiegebühr			
200.000	150.000		+ 50.000
<i>pos. Auswirkungen!</i>			

Ortsbeleuchtung – Erweiterung			
100.00	4.000		+ 96.000
<i>Vorhaben „Kronewittet“ konnte aus zeitlichen Gründen nicht realisiert werden</i>			

Mehrausgaben

Bezüge der Organe			
475.000	590.000		- 115.000
<i>Ursprünglich falsche Berechnung</i>			

Amtsausstattung			
20.000	110.000		- 90.000
<i>Unbedingt erforderliche Aufrüstung im Hardware-Bereich</i>			

Anlegung von Löschteichen – Berg			
50.000	260.000		- 210.000
<i>Mehrkosten auf Grund von umfangreichen Sprengarbeiten und Darstellung des Vorhabens „brutto“</i>			

Entgelt für sonstige Leistungen – Ferienprogramm			
0	58.000		- 58.000
<i>Beschluss der Gremien über die Durchführung dieser Aktion</i>			

Sonstige Verbrauchsgüter – Streumaterial			
10.000	150.000		- 140.000
<i>Witterung!</i>			

Schneeräumung auf Landesstraßen			
300.000	350.000	- 50.000	
<i>Witterung!</i>			
Zuführung Rücklage „Grundeinlöse“			
0	300.000	- 300.000	
<i>Vorschlag!</i>			
Diverse Straßenbauten – Leistensteine			
0	238.000	- 238.000	
<i>Mehr als 300 lfm Leistensteine wurden verlegt und die Straßen entsprechend verbreitert!</i>			
Schneeräumung Gemeindestraßen			
50.000	200.000	- 150.000	
<i>Witterung!</i>			
Straßenbauten – Seilergasse			
200.000	400.000	- 200.000	
<i>Unvorhergesehene zusätzliche Kosten (Kanalverlegung und Oberflächenentwässerung) und größerer Bereich der Asphaltierung!</i>			
VB der Besoldungsgruppe II			
440.000	610.000	- 170.000	
<i>Beschäftigung Kaiser Friedrich!</i>			
Instandhaltung von Fahrzeugen			
10.000	60.000	- 50.000	
<i>„Umrüstung“ div. Geräte</i>			
Zuführung zu „Betriebsrücklage“			
0	110.000	- 110.000	
<i>Beschluss des Gemeinderates!</i>			
Unbebaute Grundstücke – Erwerb			
0	320.000	- 320.000	
<i>„Stadlerwiese“ – Gemeinderatsbeschluss!</i>			
Zuführung zum a.o.H. – Sportanlage			
0	110.000	- 110.000	
<i>Gemeinderatsbeschluss über den Finanzierungsplan 1999!</i>			
Zuführung zum a.o.H. – Stockschützenhalle			
0	181.000	- 181.000	
<i>Rückzahlung Beitrag Union an Verein und Ausfertigung!</i>			

Voranschlagsvergleich

Einnahmen Voranschlag	17.847.000
+ Mehreinnahmen	2.457.000
- Mindereinnahmen	301.000
<hr/> Einnahmen NVA	<hr/> 20.003.000

Ausgaben Voranschlag	17.847.000
+ Mehrausgaben	3.361.000
- Ausgabeneinsparungen	1.205.000
<hr/> Ausgaben NVA	<hr/> 20.003.000

AUSSERORDENTLICHER HAUSHALT

Grundkauf Sportanlage

Heuer war der Grund der Familie Schneeberger zur Zahlung fällig. Insgesamt mussten S 1.111.000,-- aufgewendet werden. Die Finanzierung erfolgt wie folgt:

Bedarfszuweisung	700.000
Landesbeitrag	350.000
Anteilsbetrag des o. Haushaltes	61.000

Im nächsten Jahr wird das Grundstück von Herrn Neißl angekauft, wobei wir wiederum mit der gleichen Landesförderung rechnen können.

Stockschützenhalle

Ein im Vorjahr als Landesbeitrag verbuchter Betrag – der Bankbeleg über S 100.000,-- lautete wörtlich als „Landesbeitrag für Stockschützenhalle“ – stellte sich im Nachhinein als Beitrag der Union-Landesleitung heraus und musste an den Sportverein zurückgeführt werden. Der Verein hatte diesen Beitrag bereits an die Gemeinde vorfinanziert. Weiters wurden die Ausfertigungsarbeiten um S 81.000 durchgeführt. Die Finanzierung erfolgte durch einen Anteilsbetrag des ordentlichen Haushaltes.

Sportanlagenbau

Die zu erwartenden Jahresausgaben:

Baumeisterarbeiten	690.000
Bautischler	15.000
Installateur	5.000
Summe:	710.000

Die Finanzierung:

Entnahme Rücklage	200.000
Eigenleistung Verein	250.000
Anteilsbetrag o.H.	110.000
Landesbeitrag Bildung	150.000
Summe:	710.000

Rasentraktor

Um S 240.000,-- wurde bekanntlich der Rasentraktor angekauft. An Finanzierungsmittel stehen uns heuer zur Verfügung:

Landesbeitrag	30.000
Beitrag Fußballverband	45.000
Beitrag Sportverein	20.000
Beitrag Union	15.000
Summe:	110.000

1999 wird daher ein Fehlbetrag von S 130.000 ausgewiesen. Dieser kann im nächsten Jahr mit einer zugesicherten Bedarfszuweisung bedeckt werden.

Grundankauf für Siedlungszwecke

Die 2. Rate von S 210.000,-- wurde mit einem Anteilsbetrag des o.H. finanziert.

Ankauf FASTRAC

Der Soll-Fehlbetrag des Vorjahrs von S 1.000.000 konnte nun doch mit einer Bedarfszuweisung ausgeglichen werden.

Wirtschaftsförderung

Geplante Förderungen von S 400.000 können mit einer Rücklage finanziert werden.

Kläranlage

Ein Fehlbetrag des Vor-Vorjahres von S 88.000 wird mit einem I-Darlehen aus dem Baureferat bedeckt.

SONSTIGES

Die insgesamt veranschlagte Getränkesteuer beträgt S 800.000,--. Davon entfallen insgesamt ca. S 600.000,-- Getränkesteuer für alkoholische Getränke. Der Gemeinderat möge beschließen, dass dieser Betrag im Sinne der beschlossenen „Zielsetzungsverordnung“ für folgende Ausgaben verwendet wird:

<u>Abschnitt</u>	<u>Textierung</u>	<u>Betrag</u>
520	Natur- und Landschaftsschutz	30.000
771	Förderung des Tourismus	27.000
2621-3	Sportanlagenbau	482.000
231	Musikpflege	43.000
831	Freibad	39.000
439	Jugendwohlfahrt	58.000

Diskussion:

Reiter Klaus:

S 238.000,-- für 300 lfm Leistensteine ist sehr viel!

AL Kriegner:

In diesem Betrag sind auch Asphaltierungs- und Gerätekosten enthalten.

Ing. Mühlener:

Wie setzt sich der Betrag von S 181.000,-- für die Stockschützenhalle zusammen?
Die Ausgabensteigerung für „Streugut“ ist unverhältnismäßig hoch.

AL Kriegner:

Bei der Stockschützenhalle mussten wir einen irrtümlich als „Landesbeitrag“ bezeichneten Betrag, bei dem es sich um eine Leistung der UNION-Landesleitung handelt, an den Sportverein refundieren, da dieser den Beitrag vorschussweise an die Gemeinde entrichtet hat.

S 81.000,-- wurden für Ausfertigungsarbeiten aufgewendet.

Die Bauendabrechnung für die Stockschützenhalle wird nach Möglichkeit bis zur RA-Sitzung erstellt.

Die Steigerung für Streugut ist deshalb so hoch, weil hier im laufenden Finanzjahr ein eigenes Konto angelegt wurde.

August Starlinger:

War der FASTRAC ein Fehlkauf?

Bgm. Pechtl:

Es sind sehr viele Reparaturen angefallen, welche über normale „Kinderkrankheiten“ hinausgehen. Wir werden unsererseits von der Vertriebsfirma einen Lösungsvorschlag einfordern.

Auf den Landesstraßen zeichnet sich im Übrigen eine neue Winterdienstregelung ab.

Franz Altendorfer:

Die vorgesehene Rücklage für Grundeinlösung ist positiv.

Fritz Pühringer:

Bei der Deponiegebühr sind Einsparungen zu verzeichnen. Beim Abschnitt Müllabfuhr sollen keine Überschüsse erzielt werden.

VzBgm. Ing. Schaubmayr:

Die bezirksweiten Maßnahmen beginnen zu wirken. Trotzdem sind Ausgaben oft Schwankungen unterlegen.

AL Kriegner:

Vor einer Gebührensenkung muss der gesamte Abschnitt gerechnet und zudem ein mehrjähriger Zeitraum berücksichtigt werden.

Antrag Bürgermeister Pechtl:

Der Gemeinderat möge den Nachtragsvoranschlag über das Finanzjahr 1999 in der vorgetragenen Form (einschließlich der Zweckwidmung der Getränkesteuer für alkoholische Getränke) beschließen.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag der Bürgermeisterin wurde einstimmig angenommen.

2.) Initiierung einer Kampagne „Pro Nahversorgung“:

Bericht durch Bgm. Prechtl:

Am 8. November waren die Gemeinderäte und die Vereinsverantwortlichen hier in den Sitzungssaal eingeladen. Drei Mitarbeiter von „SPES“ aus Schlierbach haben uns das Projekt „Nahversorgung ist Lebensqualität“ vorgestellt

Ich bin froh, dass fast alle Gemeinderäte und wirklich viele Vereinsfunktionäre an diesem Abend teilgenommen haben.

Warum es mir wichtig war, diesem Personenkreis das Projekt „Nahversorgung ist Lebensqualität“ nahe zu bringen, habe ich bereits öfters erklärt:

- **Trotz beeindruckendem Lebensstandard und materiellem Wohlstand fast aller müssen wir feststellen, dass die Menschen unzufrieden sind, ihr Denken pessimistisch und negativ geprägt ist.**

Es handelt sich hier nicht um eine Projekt, mit dem wieder eine neue Idee mit großen Dimensionen erarbeitet werden soll, sondern der Inhalt wäre im Wesentlichen

Bewusstseinsbildung zu nachhaltigen Sicherung der Lebensqualität in unserem unmittelbaren Lebensraum, in unserer Gemeinde.

Das ist der einzig mögliche Weg, diese Lebensqualität zu sichern!

Dieses Projekt beginnt dort, wo andere Konzepte oft aufhören – nämlich bei der Umsetzung!

Die Mitarbeiter des „SPES“ haben im Vorfeld zur Projektspräsentation die Situation in unserer Gemeinde erhoben und dabei festgestellt, bei uns auf sehr viel Positives zurückgegriffen werden kann:

- Funktionierendes Vereinsleben
- Lebendige Pfarre
- Ortsbild
- Relativ viele Klein- und Mittelbetriebe
- Schulwesen
- Kindergarten
- Tankstelle
- ärztliche Versorgung
- Straßennetz
- Sportstätten
- Feuerwehren

Wenn wir dies betrachten, können wir feststellen, dass die Analyse der SPES-Mitarbeiter wirklich stimmt.

Wir können uns darüber freuen, ohne dabei jedoch selbstgefällig zu werden!

Wir haben die Verantwortung, dies zu erhalten und gleichzeitig für Neuerungen offen zu sein.

Denn wer viel hat, hat auch viel zu verlieren!

Ich brauche nicht weiters auszuholen, ihr habt den Vortrag gehört, sicherlich auch die Broschüre gelesen und darüber diskutiert und nachgedacht.

Einige weitere Informationen gibt es auch noch in der Mappe und für die Schritte der Realisierung haben wir Folien vorbereitet.

Bei der Projekt-Präsentation haben wir gehört, dass ein Gemeinderatsbeschluss die erste Voraussetzung ist.

- Es sollte jedoch ein Beschluss auf einer möglichst breiten Basis sein, wünschenswert und dem Projekt dienlich wäre ein einstimmiger Beschluss, der überdies noch aus Überzeugung gefasst wurde!

Der Unterschied zu anderen Ideen, Vorhaben und Maßnahmen der Gemeinde ist der: Wir erteilen keinen Auftrag zur Durchführung, sondern wir sichern uns professionelle Hilfestellung für jene Aufgaben, die wir durchzuführen haben.

SPES macht nicht für unsere Bürger ein Projekt, das genaue Gegenteil ist der Fall: Die Gemeinde startet mit den Bürgern eine Initiative mit begleitender Hilfe.

Ein entscheidender Unterschied ist noch folgender:

Bei einem Bauauftrag gibt es zunächst Grundsatzentscheidung, Finanzierung, Planung, Baubeginn. Der „Erfolg“ ist jederzeit messbar. Immaterielle Werte kann man jedoch nicht messen und bewerten!

Keinesfalls soll diese Kampagne zum Thema von 1 oder mehr Parteien werden. Ganz klar muss ich betonen, dass es auch keine Veranstaltung für oder wegen unserem Gewerbe ist, das ist nur ein kleiner Teilbereich.

Es ist eine Initiative für uns alle!

Ich bin überzeugt, dass jeder Einzelne von euch im Innersten merkt, dass es sich um eine positive Sache handelt. Jeder weiß aber, dass in diesem Fall die Arbeit für die Gemeinderäte nicht mit dem Beschluss abgeschlossen ist, sondern vielmehr erst so richtig beginnt! Falls wir uns zur Teilnahme entschließen, geben wir uns selbst einen Auftrag!

Diskussion:

Christina Amerstorfer:

Kampagne kann nicht Aufgabe der Gemeinderäte sein, hier sind vor allem die Vereinsverantwortlichen gefragt. Vor einem Beschluss gehört das Interesse dieser ausgelotet.

Bgm. Prechtl:

Ursprünglich wäre die Projekt-Präsentation im Rahmen einer GR-Sitzung vorgesehen gewesen. Wir haben aber vor vornherein die Vereine eingebunden, das Echo ist – soweit Funktionäre kontaktiert wurden – durchaus positiv.

Ing. Mühlener:

Neben den Vereinen gehören auch die Unternehmer eingebunden, auch eine Mitfinanzierung ist denkbar.

Bgm. Precht:

Gewerbetreibende wurden zur Präsentation bewusst nicht eingeladen, es sollte nicht der Eindruck entstehen, dies sei ein Anliegen der Unternehmer.

Ing. Mühlener:

Ein Anerkennungsbeitrag aller Gewerbetreibender wäre schon positiv.

Die Bürgermeisterin erläuterte an Hand von Overheadfolien den geplanten Ablauf des gesamten Projektes.

Ing. Mühlener:

Was ist das Ziel?

Bgm. Prechtl:

Mein persönliches Ziel ist: Mehr positive Identifikation der Bürger mit dem engeren Lebensumfeld (Gemeinde).

August Starlinger:

Zum Umfeld gehört vieles (Gemeinde, Pfarre, Vereine, Unternehmer,). Es happert manchmal an der Beziehung, an der Denkweise des Einzelnen. Motivierter Mitarbeiter sind das größte Kapital eines Betriebes, auch die Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist sehr wichtig. Beiderseitiges laufendes Bemühen ist erforderlich. Es hätte keinen Sinn, müssten wir zu diesem Bemühen laufend durch Mitarbeiter des SPES „angetrieben“ werden. Wir selbst müssen uns bemühen um die Umsetzung. Daher gehören die 1. beiden Schritte der Umsetzung in geänderter Reihenfolge.

Bgm. Prechtl:

Das Engagement unserer Geschäftsleute wird vorausgesetzt. Den ersten Schritt soll schon der Gemeinderat mit dem Grundsatzbeschluss setzen.

August Starlinger:

Zuerst soll geklärt werden, ob alle mitmachen.

Josef Kehrer:

Zuerst sollte man konkrete Vorstellungen über den Personenkreis, welcher die eigentliche Arbeit macht, haben.

Außerdem wäre es sinnvoll, zu dieser Aktion mehrere Gemeinden zusammenzufassen, da gewisse Probleme nur überregional gelöst werden können. Bei der Umsetzung müsste man außerdem auf unsere problematischen Gemeindegrenzen Bedacht nehmen.

Bgm. Prechtl:

Dieses Projekt funktioniert nur in einer kleinen Gruppe. Alle Vorschläge haben in diesem Bereich Platz.

Gerade aber zum Start benötigen wir professionelle Hilfe!

Ein vorzeitiger Ausstieg – falls die Beteiligung nicht wie gewünscht erfolgt – ist jederzeit möglich.

Franz Altendorfer:

All diese Vorschläge könnten im Rahmen des ÖEK berücksichtigt werden. Wir brauchen kein neues Konzept. 40 Gewerbetreibende könnten sich beteiligen.

Bgm. Prechtl:

Unser Ortsplaner verfügt nicht über das notwendige Personal um solche Projekte durchzuführen, außerdem ist dies nicht seine Aufgabe. Im Übrigen geht es beim gegenständlichen Projekt nicht um die Gewerbetreibenden, das ist nur ein kleiner Teilbereich.

Johann Mühlberger:

Wir brauchen den Grundsatzbeschluss und dann eine Betreuung. Betriebe gehören selbstverständlich eingebunden. Auch kleinere Erfolge wären schon positiv. Der vorgeschlagene Weg soll gegangen werden.

Bgm. Prechtl:

Das Projekt müssen wir tragen, uns wird lediglich „Einstiegshilfe“ gewährt.

Ing. Mühlener:

Alleine können wir das Projekt nicht machen, es kommt viel Arbeit auf uns zu. Eine gewisse Skepsis ist auf grund der Erfahrungen mit den bisherigen div. Projekten angebracht. Eine Möglichkeit wäre es schon, vorher bei Gewerbetreibenden und

Vereinen die Stimmung auszuloten. Das Projekt selbst ist aber durchaus positiv. Wichtig wir auch sein, die Bevölkerung der KG Ollerndorf entsprechend einzubinden. Die Gewerbetreibenden könnten wir wiederum zu einer Veranstaltung einladen.

Bgm. Prechtl:

Seit der Präsentation sind drei Wochen vergangen, es handelt sich also kaum mehr um einen „Spontanbeschluss“.

Beim Gespräch mit den Gewerbetreibenden – dies ist eine gute Idee – sollten wir uns jedoch schon externer Beratung bedienen.

Die Umsetzung sollten wir nicht auf die „lange Bank“ schieben, die Wintermonate sollten wir nutzen.

Der Start des Projektes soll bereits professionell begleitet werden!

Christina Amerstorfer:

Man muss entweder alle in Frage kommenden im Vorfeld einbinden, das ist aber aufwändig, oder man entscheidet sich für den vorgeschlagenen Weg.

VzBgm. Ing. Schaubmayr:

Es geht um vertrauensbildende Maßnahmen in allen Bereichen. Wir beschließen überdies ja nicht den vollen Betrag von S 118.000,--.

Karl Zinnöcker:

Man muss die Gemeinde als Dienstleistungsbetrieb sehen, der sich ebenfalls Seminaren bedient. Das ganze Projekt ist sehr positiv.

Rudolf Neunteufel:

Was haben wir von einem Beschluss, wenn sich dann keine Träger finden? In den Vereinen funktioniert ohnehin alles bestens.

Bgm. Prechtl:

Wir können nicht alleine alle „Träger“ suchen, dazu benötigen wir externe Hilfe.

Johann Schneeberger:

Die Projektpräsentation war sehr aufschlussreich, grundsätzlich wird allgemein Zustimmung geortet. Unser großes Problem wird die Umsetzung sein. Beim heutigen Beschluss – sofern er zustande kommt – handelt es sich um einen Grundsatzbeschluss. Im Projekt haben auch Aktionen wie „Straßenbezeichnung“ durchaus Platz.

Klaus Reiter:

Grundsätzlich handelt es sich um eine positive Aktion. Auch ich sehe an der Umsetzung das große Problem. So arbeiten die Gemeinderäte schon seit Jahren an vielen Projekten, nur zum Bürger kommt diese Arbeit oft nicht „durch“. Hier muss man sich eine entsprechende Basis schaffen, eine Begleitung ist dabei erforderlich. Der Ablauf ist letztlich gleich. Mit den übrigen div. Konzepten haben wir leider keine guten Erfahrungen gemacht.

Johann Mager:

Ein guter Start ist wichtig, es handelt sich um ein Vorhaben, welches in Richtung „Seekirchen“ geht. Das „Kernteam“ soll sich möglichst vielschichtig zusammensetzen.

Fritz Pühringer:

Nachdem ich bei der Präsentation leider nicht anwesend war, fehlt mir der „1. Schub“. Eine „Erfolgsgarantie“ gibt es bei solchen Vorhaben zu keiner Zeit.

Antrag Bgm. Prechtl:

Wir initiieren unter Mithilfe von „SPES“ in Putzleinsdorf das Projekt „Nahversorgung“, wobei die Gesamtkosten S 118.000,- betragen, dieser Betrag in 2 Jahresraten fällig und ein vorzeitiger Ausstieg möglich ist.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag der Vorsitzenden wurde mit 17 Ja-Stimmen angenommen. GR Neunteufel stimmte gegen den Antrag, GR Kehrer enthielt sich der Stimme.

3.) Beitritt zum „Klima-Bündnis“ Österreich:

Bericht durch Christina Amerstorfer (Obfrau des Ausschusses für örtliche Umweltfragen):

Der Ausschuss hat sich in seiner letzten Sitzung erneut mit diesem Thema befasst und gibt die einhellige Empfehlung ab, dem Klima-Bündnis beizutreten.

Konkret erklären wir uns dadurch bereit, jährlich S 1.700,-- (= S 1,-- pro EW) zu unterstützen. In erster Linie soll mit dem Geld aller Klima-Bündnis-Gemeinden Regenwald im Amazonasgebiet angekauft werden.

Auch die indianischen Völker im Bereich des Rio Negro sollen unterstützt werden.

Selbstverständlich sollen aber auch verstärkt umweltrelevante Maßnahmen im Bereich der Gemeinde initiiert werden. Dabei stellt sich die Frage, ob solche Maßnahmen nicht in das „SPES-Projekt“ eingegliedert werden können.

Zusammenfassend empfiehlt – wie bereits erwähnt – der Ausschuss den Beitritt.

Diskussion:

Johann Mühlberger:

Es handelt sich um keinen großen Betrag, viele Gemeinden können jedoch etwas bewirken, wir sollten beitreten.

VzBgm. Ing. Schaubmayr:

Es handelt sich um ein positives Projekt, hinsichtlich dieses Themas besteht auch bei uns Handlungsbedarf. In der Summe wird man etwas erreichen können!

Karl Zinnöcker:

Wir setzen mit dem Beitritt ein positives Signal und können vielleicht auch in der Gemeinde etwas bewirken.

Fritz Pühringer:

Mit dem Beitritt werden sehr viele Aktionen gefördert, wir sollten uns beteiligen.

Franz Altendorfer:

Eine Mitgliedschaft ist sinnvoll, der Kauf von EZA-Artikeln sollte ebenfalls unterstützt werden.

Johann Schneeberger:

Klima-Konferenzen (Rio, Kyoto, Berlin) haben nichts gebracht. Thema kann aber im „Kleinen“ unterstützt werden.

Rudolf Neunteufel:

Das ist eine gute Sache, ich werde dafür stimmen, das ganze ist aber eine Alibihandlung! Die USA beginnen schon mit Punkten zu handeln.

Josef Kehrer:

S 1.700,- werden nichts bewegen. Im Übrigen sind sich bei der Problematik des CO₂-Ausstosses die Experten nicht einig.

Antrag durch Christina Amerstorfer:

Die Gemeinde Putzleinsdorf tritt dem „Klima-Bündnis für Österreich“ bei und unterstützt dieses Vorhaben mit jährlich S 1,-- pro Einwohner.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4.) Musikverein – Ansuchen um finanzielle Unterstützung:

Bericht durch Bgm. Berta Prechtl:

Der Musikverein hatte im letzten Jahr für Notenmaterial, Einkleidung, Instrumenten, Zubehör, Reparaturen und Ausbildung Aufwendungen von 234.000,--.

Die Gemeinde wird daher ersucht, kräftig zu unterstützen.

Im Voranschlag haben wir den Betrag von S 40.000,-- vorgesehen.

Diskussion:

Ing. Mühlener:

Eine Unterstützung des Musikvereines sehe ich grundsätzlich positiv. Zum Ansuchen muss ich jedoch erneut bemängeln, dass wiederum keine Einnahmen angeführt sind.

Johann Mühlberger:

Der veranschlagte Betrag sollte gewährt werden.

Antrag Bgm. Prechtl:

Dem Musikverein wird für das Jahr 1999 eine finanzielle Unterstützung von S 40.000,- gewährt.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag der Bürgermeisterin wurde einstimmig angenommen.

5.) DSG-Union – Ansuchen um finanzielle Unterstützung:

Bericht Bgm. Berta Prechtl:

Die Funktionäre des Sportvereines betrachten es als ihre Hauptaufgabe, entsprechende Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Sportbetrieb zu schaffen.

Erfreulich ist auch, dass sich in letzter Zeit auch entsprechende sportliche Erfolge eingestellt haben.

Gerade die guten Ergebnisse im Jugendbereich geben Motivation für die Zukunft.

Die Instandhaltung der Sportanlage, der Meisterschafts-Spielbetrieb, die hohe Eigenleistung bei der Sportstättenerweiterung sowie die Nachwuchsbetreuung kosten jedoch sehr viel Geld.

Die Gemeinde wird daher ersucht, das Bemühen mit einem entsprechenden Subventionsbetrag zu unterstützen.

Ein Betrag von S 40.000,-- wäre ev. auch hier angebracht.

Diskussion:

In der folgenden, kurzen Debatte sprachen sich mehrere Gemeinderäte für den Vorschlag der Bürgermeisterin aus.

Antrag Bgm. Prechtl:

Die DSG-Union Putzleinsdorf wird im Jahre 1999 mit S 40.000,-- unterstützt.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag der Bürgermeisterin wurde mit 18 Ja-Stimmen angenommen. GR Christina Amerstorfer ehthielt sich der Stimme.

6.) Rodelverein – Ansuchen um finanzielle Unterstützung:

Bericht durch Bgm. Berta Prechtl:

Bei den verschiedensten Veranstaltungen des Rodelvereines wurde jahrelang die Zeitnehmung durch längst nicht mehr zeitgemäße Geräte durchgeführt. Daher wurde zusammen mit der Sektion Schi eine solche Zeitnehmung angekauft.

Auch mussten die Absicherungswände saniert bzw. neue errichtet werden. Auch beim Loipenboss gab es Reparaturkosten.

Zusammen musste der Verein ca. S 30.000,-- aufwenden.

Bei einem Gespräch erklärte der Vereinsobmann, dass eine Unterstützung von S 10.000,- erfreulich zu Kenntnis genommen würde.

Diskussion:

Die Gemeinderäte stimmten in der folgenden, kurzen Diskussion einer Unterstützung von S 10.000,-- zu.

Antrag Bgm. Prechtl:

Dem Rodelverein wird für das Jahr 1999 eine Unterstützung von S 10.000,-- gewährt.

Abstimmung durch Erheben der Hand:

Der Antrag der Bürgermeisterin wurde einstimmig angenommen.

7.) Allfälliges:

Josef Kehrer:

Anfragen zu folgenden Themen:

- Freizeitpark
- Straßenbezeichnungen
- Bücherei
- Umfahrung

Bgm. Prechtl:

- Beim geplanten Park im Zentrum konnte der erforderliche Grund noch nicht gesichert werden.
- Zur Arbeitsgruppe „Straßenbezeichnung“ gab es keine einzige Anmeldung aus der Bevölkerung
- Die Bücherei übersiedelt noch diese Woche in den Pfarrhof.
- Bezüglich Umfahrung wurden die angekündigten Einzel- und Gruppengespräche mit den betroffenen Grundeigentümern geführt, das Ergebnis ist überwiegend positiv.

Das nächste Gespräch mit Umweltschutz usw. findet am 13.12.1999 statt, die Fraktionsobmänner werden rechtzeitig eingeladen.

Franz Altendorfer:

- *Kritik, dass Behinderten-WC in der Volksschule nicht durch Firma Hauer errichtet wird.*
- *Gehsteige vor den Häusern im Markt gehören „durchgehend“ errichtet.*

Bgm. Pechtl:

Auftragssumme für das WC beträgt S 14.000,--, Firma Leibetseder verfügt über Installationsplan!

Rudolf Neunteufel:

Verkauf des Schiliftes am Ameisberger, möglicher Verkauf der Warte?

Ing. Mühlener:

Aktueller Stand Örtliches Entwicklungskonzept?

Johann Schneeberger:

Konzept ist im Prinzip bis auf einige Details fertig, im Bereich Glotzing ist noch eine Grundsatzfrage zu klären.

Bgm. Pechtl:

Planliche Darstellungen der „Wildbachverbauung“ müssen noch eingearbeitet werden.

AL Krieger:

Ebenso ist die Aufforstungsfrage noch nicht restlos geklärt.

Abschließend ersuchte die Vorsitzende die Gemeinderäte noch um die Durchführung der „Allgemeinen Viehzählung“, informierte über die „Mangstraße“, und gab die nächsten Sitzungstermine wie folgt bekannt:

3.12.1999 – Vorstandssitzung

13.12.1999 – Gespräch Umfahrung

15.12.1999 – Gemeinderatssitzung

19.12.1999 – Kuriersitzung

Zur Vorstandssitzung werden auch die Fraktionsobmänner eingeladen. Vorschläge über den Voranschlag 2000 werden spätestens bis zu diesem Zeitpunkt von den einzelnen Fraktionen erbeten.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegenen Verhandlungsschriften über die letzte Sitzung vom 22.9.1999 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 22.30 Uhr.

.....
(Vorsitzende)

.....
(Gemeinderat)

.....
(Schriftführer)

.....
(Gemeinderat)

Die Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.

Putzleinsdorf, am

Die Vorsitzende:

.....